
Gesellschaftlicher Strukturwandel und soziale Verankerung der Parteien

Ulrich Eith und Gerd Mielke

1 Das Cleavage-Modell als umfassender Interpretationsansatz der Entwicklung von Parteidemokratien

Auch fünf Jahrzehnte nach seinem Erscheinen im Jahr 1967 ist der mittlerweile zum klassischen Kanon der vergleichenden Parteienforschung zählende Aufsatz von Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan „Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments“ (Lipset/Rokkan 1967) noch immer ein sinnvoller Ausgangspunkt für analytische Überlegungen zur Verankerung von einzelnen Parteien und ganzen Parteiensystemen in den sozio-ökonomischen und sozio-kulturellen Strukturen moderner Gesellschaften und zum Wandel dieser Verankerung.

Lipset und Rokkan skizzieren in groben Strichen ein Modell der europäischen Nationen- und Gesellschaftsentwicklung und der damit verbundenen Demokratisierung, das die Parteien als die zentralen Akteure der modernen Demokratie aus langfristig angelegten und fundamentalen, politische Identitäten stiftenden und prägenden ökonomischen und kulturellen Konfliktlagen erwachsen lässt (Mielke 2001, S. 78 – 80; Schoen 2005, S. 145 – 151; Pappi, Brandenburg 2010, S. 461 – 467). Diese Konfliktlagen, bei Lipset und Rokkan als *cleavages* bezeichnet, entwickeln sich in zwei großen Schüben, die alle europäischen Gesellschaften erfassen. In der nationalen Revolution und in der industriellen Revolution treten jeweils über die Zeit und alle nationalen Unterschiede hinweg zwei *cleavages* hervor, die sich dann nach der Ausbreitung des Wahlrechts im Zuge der Demokratisierung auch auf der Parteebene manifestieren. Im Verlauf der Staatengründung sind dies zum einen der Gegensatz zwischen dem neuen nationalen Zentrum und einer mehr oder minder vielgestaltigen, an den politischen Rand gedrängten Peripherie, zum andern der Gegensatz zwischen dem neuen, zumeist säkularen und liberalen (National-) Staat und der Kirche, bei dem es vor allem um die politische Deutungshoheit und die

kulturelle Hegemonie im neuen Staatswesen geht. Auch die industrielle Revolution bringt zwei *cleavages* hervor: den Gegensatz zwischen städtisch-handwerklichen und ländlich-agrarischen Interessen einerseits und den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit andererseits. Lipset und Rokkan ordneten die beiden zuletzt genannten *cleavages* als ökonomische Konflikte ein; hingegen sahen sie in den *cleavages* der nationalen Revolution kulturelle Konflikte. Diese Einordnungen erscheinen nicht sonderlich sinnvoll; denn ein Blick auf die verschiedenen historischen Ausprägungen und Entwicklungen der vier *cleavages* zeigt, dass sie jeweils nach kurzer Zeit allesamt sowohl eine ökonomische als eben auch eine kulturelle Dimension aufweisen. Wir werden im weiteren Verlauf noch auf diesen Prozess der kulturellen Überformung und Durchdringung auch ökonomischer Konflikte eingehen.

Diese durchgängige, sich über ganz Europa ausbreitende Struktur von *cleavages* ließ gleichwohl sehr unterschiedliche, nationale Parteiensysteme zu. Die nationalen Unterschiede gehen im Wesentlichen auf zwei Ursachen zurück. Zum einen vollzogen sich nationale und industrielle Revolution in den einzelnen Ländern durchaus nicht in zeitlichem Gleichklang, sondern von Land zu Land in sehr unterschiedlichen Abfolgen und Taktungen. Zum andern führen Lipset und Rokkan in ihr Modell vier *thresholds* – also „Schwellen“ – ein, die den Einfluss neuer, aus den *cleavages* aufwachsender Parteien stärken, hemmen oder auch in kooperative Prozesse mit bereits bestehenden Parteien umlenken können. Unter diesen „Schwellen“ stellt in den verfassten Demokratien das Wahlsystem mit seinen Filtereffekten für den Parteienwettbewerb den wohl bedeutsamsten Prägefaktor dar.

Auch die Entwicklung des deutschen Parteiensystems verläuft erkennbar in den Bahnen des *Cleavage*-Modells von Lipset und Rokkan. Allerdings zeichnen sich, wie die historisch angelegte Parteienforschung in aller Ausführlichkeit zeigt, in den Etappen vor der Entstehung der Bundesrepublik immer wieder Brüche und Verschiebungen innerhalb der Parteiensysteme sowohl auf der nationalen als auch auf der noch vielgestaltigeren Länderebene ab. Sie gehen auf die Übergänge vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, auf die Unterbrechung einer demokratischen Weiterentwicklung des Parteiensystems durch die nationalsozialistische Diktatur und schließlich auf die deutsche Teilung nach dem Zweiten Weltkrieg zurück, auf Zäsuren innerhalb der Fortentwicklung des politischen Systems also, die jeweils mit erheblichen Veränderungen der „Schwellen“ des Parteienwettbewerbs verbunden waren.

Zu diesen Umbrüchen kann man auch die deutsche Vereinigung von 1990 rechnen. Zwar ging diese nicht – wie die Systemwechsel davor – mit einer neuen Konstruktion der „Schwellen“ einher, aber die Integration Ostdeutschlands in das gesamtdeutsche Parteiensystem führte aufgrund der doch massiven wirtschaftlichen und sozio-kulturellen Unterschiede schon mittelfristig zu erheblichen Unterschieden

im gesamtdeutschen Parteiensystem. Diese – im Vergleich zur „alten“ Bundesrepublik – spezifisch ostdeutsche Wähler- und Parteienlandschaft und die in ihr vor allem im ersten Jahrzehnt nach der Vereinigung so deutlich sichtbare Sonderrolle der PDS bzw. der Linkspartei rief Erinnerungen an das nach dem Zweiten Weltkrieg weitgehend verschwundene cleavage Zentrum vs. Peripherie wach (Mielke 2013).

Es sind vor allem drei Aspekte, die aus heutiger Sicht den Forschungsansatz von Lipset und Rokkan kennzeichnen: die ihrem Ansatz zugrunde liegende historische Betrachtungsweise der Parteienentstehung, aber auch der Weiterentwicklung von Parteien und Parteiensystemen, sodann die schon im Titel ihres berühmten Aufsatzes zum Ausdruck kommende, gleichermaßen Wahlsoziologie wie auch Parteienforschung umschließende Analyseperspektive, sowie schließlich die über einzelne Nationalstaaten hinaus weisende, sich in einem größeren europäischen Rahmen bewegende Analyse sowohl der gesellschaftlichen Konflikte als auch der durch die unterschiedlichen institutionellen und kulturellen „Schwellen“ und Rahmenbedingungen geprägten Parteiensysteme.

Wiesendahl hat in seiner Übersicht über die verschiedenen Forschungstraditionen der Parteienforschung den Ansatz von Lipset und Rokkan in den soziologischen Forschungsansatz eingruppiert (Wiesendahl 2013, S. 25 – 27); auch bei den Wahlsoziologen fällt die *Cleavage*-Theorie in aller Regel unter die Rubrik „makrosoziologischer Ansatz“. So berechtigt beide Zuordnungen auch erscheinen, so sollten sie dennoch jeweils durch den Hinweis auf die historischen Perspektiven ergänzt werden, die in dem Erklärungsansatz von Lipset und Rokkan zum Tragen kommen. Diese historischen Perspektiven und ihre Implikationen stellen für die empirisch-analytisch orientierten, aber auch für die am Rational Choice-Ansatz ausgerichteten Bereiche der Wahl- und Parteienforschung in aller Regel eine ungewohnte Intervention sowohl in das Forschungsdesign und die Forschungspraxis als auch in die theoriegeleiteten Interpretationen der Ergebnisse dar. Gesellschaftliche und politische Entwicklungen, wie sie Lipset und Rokkan in ihrem *Cleavage*-Modell verarbeitet haben und wie sie dann von anderen Forschern aufgegriffen worden sind, sind in analytischen Prozesse zutage getreten, die auf ganz andere Datenbestände und Analyseverfahren zurückgegriffen haben als die hochdifferenzierten Instrumentarien der Sozialwissenschaften der Gegenwart. Der historische Rückblick der Sozialwissenschaften, gerade im Kontext ihres Strebens nach generalisierbaren Befunden, erzeugt allzu schnell schon aus methodischen Gründen, aber auch im Zuge der theoretischen Generalisierung einerseits abstrakte, andererseits trügerisch einfache und übersichtliche Bilder, die eine fragwürdige Vorstellung komplexer und teilweise widersprüchlicher sozial- und wirtschaftsgeschichtlicher Entwicklungen suggerieren können.

Diese einfachen Bilder werden oft gerade durch wahl- und parteiengeschichtliche Fall- und Teilbereichsstudien korrigiert und ergänzt, die dann diese Generalisierungen in aller Regel zumindest teilweise relativieren. Wahl- und Parteienforschung sind also gut beraten, wenn sie in den Konzepten des *Cleavage*-Ansatzes immer auch Destillate und Abstraktionen von höchstwahrscheinlich viel komplexeren und auch in mehreren Schattierungen und Differenzierungen auftretenden historischen Kontexten und Prozessen erkennen¹. So ist etwa der Diskussion über die Auflösung der oft erwähnten klassischen Milieus im katholischen und im Arbeiterbereich, die in den letzten Jahren in der Bundesrepublik im Zusammenhang mit der *Cleavage*-Theorie geführt wurde, deshalb eigentlich sinnvollerweise eine Diskussion über die Frage voranzustellen, ob, wo und in welchen Abstufungen und Ausprägungen diese klassischen Milieus überhaupt bestanden haben. Wir werden auf diesen Aspekt eines in der historischen Rückschau zu glatt konstruierten Gesellschaftsbildes im nächsten Abschnitt noch einmal näher eingehen.

Ein zweiter Problembereich des historischen Ansatzes von Lipset und Rokkan ist der für die empirischen Sozialwissenschaften zumeist etwas ungewohnte und unhandliche Umgang mit längeren Zeiträumen. Hier zeichnet sich ein Spannungsverhältnis zwischen den im Blick auf Raum und Zeit weitgehend unab-

-
- 1 Die zum Beispiel sowohl in der Wahlforschung als auch in der Parteienforschung als traditionelle soziale Gruppen auftretenden Arbeiter verlieren in sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Studien, die sich zudem noch auf spezifische regionale oder städtische Kontexte beziehen, bei näherem Hinsehen im Handumdrehen ihre in dem Konzept und seinen Interpretationsweiterungen angelegte Einheitlichkeit. Aus der vermeintlich so eindeutigen, traditionellen soziologischen Kategorie der Arbeiter schälen sich im historischen Verlauf des 19. und frühen 20. Jahrhunderts eine Fülle von Differenzierungen heraus: katholische, evangelische und säkularisierte Arbeiter; Arbeiter in den verschiedenen Industriebereichen und Firmentypen; Arbeiter in ländlichen und städtischen Kontexten; seit der Mitte des 19. Jahrhunderts mit sich beschleunigender und deshalb Binnenmigration auslösender Industrialisierung Arbeiter aus unterschiedlichen Herkunftsländern wie Polen und Italien und verschiedenen deutschen Herkunftsregionen; Arbeiter aus ganz unterschiedlichen vorherigen Berufs- und Beschäftigungsverhältnissen; alte und junge Arbeiter mit entsprechend unterschiedlichen Lebensperspektiven; Arbeiter und Arbeiterinnen; verheiratete und ledige Arbeiter; first-generation-, second-generation- und third-generation-Arbeiter; Facharbeiter in verschiedenen Abstufungen und ungelernte Arbeiter; Arbeiter mit spezifischen betriebsinternen Funktionen und Prestigeressourcen. Ähnliche Heterogenität weisen auch die anderen klassischen Milieus wie etwa das gerade in Deutschland so lange so stabile katholische Milieu auf. Dies verweist einerseits auf den vereinheitlichenden Charakter der Konzeptualisierung, vor allem aber auch auf die zentrale Rolle der politischen Aktivisten etwa der Sozialdemokratie oder des Zentrums, durch deren politische Tätigkeit die potentielle Vielfalt der Interessen gebündelt und politisch kanalisiert wurde.

hängigen Generalisierungsbestrebungen der empirischen Sozialwissenschaften einerseits und andererseits dem Umstand ab, dass sich über die Zeit hinweg in fast allen sozio-ökonomischen, sozio-kulturellen, aber auch in den im engeren Sinne politischen Bereichen Einstellungs-, Verhaltens- und institutionelle Muster und Strukturen entwickeln. Sie prägen nach einer gewissen Zeit das politische System und seine politische Kultur vor und machen damit bestimmte Veränderungen wahrscheinlicher oder auch problematischer als andere. In der Literatur werden diese komplexen Vorprägungen und ihre Folgen unter dem Begriff der Pfadabhängigkeit diskutiert (Pierson 2004, 17 – 53). Lipset und Rokkan gehen im Übrigen selbst auf dieses Problem der historischen Abfolge und ihrer Auswirkungen auf die weitere Entwicklung von Parteiensystemen im Zusammenhang mit den schon erwähnten *thresholds* ein, wenn sie etwa die Folgen des Mehrheits- oder des Verhältniswahlsystems mit ihren jeweils unterschiedlich hohen Repräsentationsschwellen für das Aufkommen neuer Parteien und damit für die Ausgestaltung der verschiedenen nationalen Parteiensysteme diskutieren. Deutschland ist ein anschauliches Beispiel dafür, wie im längeren Verlauf der Zeit durch radikale Veränderungen im Bereich des Wahlrechts bzw. des Wahlsystems unterschiedliche, historisch induzierte Effekte auch für das Parteiensystem und seine Elemente erzeugt wurden.

Neben der hier nur skizzenhaft angedeuteten historischen Betrachtungsweise legt der Ansatz von Lipset und Rokkan eine Analyseperspektive nahe, die gleichermaßen die beiden wichtigen politikwissenschaftlichen Forschungsbereiche Wahlforschung und Parteienforschung umfasst. In diesem Sinne haben Lipset und Rokkan gewissermaßen eine zweiteilige Theorie skizziert. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des *Cleavage*-Ansatzes war es durchaus noch üblich, dass einzelne politikwissenschaftliche Arbeiten gleich mehrere, heute in aller Regel ziemlich strikt getrennte Teilbereiche berührten und die weiteren Diskussionen in diesen Teilbereichen beeinflussten. Zu erwähnen sind hier etwa die klassische „Civic Culture“-Studie von Gabriel Almond und Sidney Verba zur politischen Kultur oder die Analyse der Kommunalpolitik in New Haven von Robert A. Dahl, die beide zugleich auch wegweisende Beiträge zu der damaligen Diskussion um Kernfragen der Demokratietheorie lieferten (Almond/Verba 1963; Dahl 1965). Abgesehen davon, dass man Lipsets und Rokkans *Cleavage*-Theorie ebenfalls als Beitrag zu einer in langfristigen gesellschaftlichen Konflikten verwurzelten Theorie des demokratischen Pluralismus interpretieren kann, gelten sie heute ebenso als Klassiker der Wahlforschung als auch als bedeutsame Autoren in der Entwicklung der Parteienforschung bzw. der Parteiensystemforschung.

Die bei Lipset und Rokkan so auffallend enge Verbindung zwischen einer wahlsoziologischen und einer auf die Parteienforschung bezogenen Betrachtungsweise ist während der letzten Jahrzehnte seltener geworden. Die Gründe dafür liegen in

der allgemeinen wissenschaftlichen Arbeitsteilung und der mit großem Aufwand betriebenen Spezialisierung sowohl der Wahlforschung als auch der Parteienforschung. So haben sich in beiden großen Forschungsfeldern neue Forschungsbereiche entwickelt und Forschergruppen etabliert. Der Politikwissenschaft und der Soziologie benachbarte, jüngere akademische Disziplinen wie die Publizistik und die Kommunikationswissenschaft spielen kontinuierlich wissenschaftliche Beiträge in die Fortentwicklung und Differenzierung der Wahlforschung ein. Und auch die Parteienforschung ist durch eine Reihe neuer Impulse aus verschiedenen theoretischen Schulen wie der Systemtheorie, dem Institutionalismus und der Organisationstheorie sowie der ohnehin allgegenwärtigen Rational Choice-Theorie angereichert worden. Parallel zu den theoretisch-konzeptionellen Anstößen in der Wahl- und Parteienforschung ist es zu einem stetig anwachsenden methodischen Raffinement gekommen. So lassen sich nunmehr auf der Grundlage von in einzelnen oder sequentiellen Umfragen erhobenen Individualdaten bei den Befragten ausgiebige soziale Standortbestimmungen und hochkomplexe Einstellungsmuster als Wähler oder Parteiaktivisten ermitteln.

Eine erste Folge dieser Ausdifferenzierungen und Spezialisierungen im Blick auf die von Lipset und Rokkan hier noch exerzierte makro-soziologische, beide Forschungsbereiche übergreifende Betrachtungsweise von Wählern in ihrem gesellschaftlichen Kontext und Parteien als deren politische Agenten ist zunächst ein Rückgang des Anteils der Studien auf beiden Feldern, die sich ebenfalls in dieser Tradition einordnen. Andere Themenfelder erscheinen hinsichtlich der Analyse „neuer Fragestellungen wissenschaftlich oft reizvoller. Hinzu kommt, dass das mediale und allgemeine öffentliche Interesse, welches im Unterschied zu vielen anderen, eher unbeachteten Teilbereichen der Politikwissenschaft gerade die Wahl- und Parteienforschung unvermindert begleitet, vornehmlich auf die Forschungsbereiche gerichtet ist, die der Nachfrage der Medien nach Neuigkeiten und Aktuellem entsprechen. Es ist durchaus bezeichnend, dass unter dem Einfluss dieses medialen Interesses eine zum Teil eigentümliche Sphäre „moderner Mythen ... über das Wahlverhalten in Deutschland“ (Bytzek, Roßteutscher 2011, S. 10) entstanden ist, die sich hartnäckig allen Korrekturversuchen entzieht. Die Auflösung der traditionellen Parteibindungen, die dramatisch anwachsende Dominanz von Wechselwählern und last-minute-Wählern, das Verblassen der ideologischen Positionen, die fortschreitende Personalisierung der Politik oder die „neuen“, aus intellektueller Distanz zaudernden Nichtwähler: Diese immer wiederholten medialen Topoi stehen nicht nur des Öfteren in deutlichem Gegensatz zu den Ergebnissen aktueller Studien. Sie erzeugen auch über den Bereich der wissenschaftlichen Kontroversen im engeren Sinne hinaus ein Bild der Wählerschaft, das ganz im Gegensatz zu dem von Lipset und Rokkan dargestellten *Cleavage*-Modell weitgehend von

gesellschaftlichen Konflikten und den in ihnen wirksamen Interessen abstrahiert. Die Wahlen erscheinen hier als eine endlose Abfolge von immer neu organisierten und inszenierten, prinzipiell offenen und deshalb spannenden *horse-races*.

Die Ausdifferenzierung und Spezialisierung der Parteienforschung im Rahmen der Sozialwissenschaften, wie sie etwa Wiesendahl überblicksartig beschrieben hat (Wiesendahl 2011 S. 13 – 60), tut ein Übriges, die im Verlauf der Partei- und Parteiensystemgeschichte hervortretenden und sich dauerhaft festigenden Bindungen zwischen Parteien und sozialen Gruppen nur noch als eines unter vielen anderen Forschungsfeldern erscheinen zu lassen. Unter den zahlreichen neuen Themenbereichen der gegenwärtigen Parteienforschung ist die Analyse der „party on the ground“, also der personellen Verbindungen und der organisatorischen Brückenschläge der Parteien in das gesellschaftliche Umfeld in den Hintergrund getreten. Vor allem im Zuge des Wechsels des dominanten Parteitypus von der Massenintegrationspartei zu den verschiedenen Varianten der Volkspartei als Nachfolgetypen (Hofmann 2004, S. 41 – 89; Jun 2013, S. 119-144) und wiederum deren Fortentwicklungen zu neueren typologischen Parteivarianten, wie wir sie seit den achtziger Jahren in der Literatur finden, haben neben den Studien zur Mitgliedersozilogie in ihren verschiedenen Spielarten vor allem Fragen nach der Professionalisierung, der Programm- und Organisationsentwicklung der Parteien die Forschung der letzten Jahre geprägt. Neben einem gewissen Bedeutungsverlust einer soziologischen Parteienforschung durch das schiere Aufwachsen anderer Forschungsfelder hat sich jedoch auch – ähnlich wie bei der Wahlforschung – in der Parteienforschung mit der wissenschaftlichen Konzentration auf die Binnensicht des Parteienwesens eine gewisse Mythenbildung vollzogen, die mit Hilfe der medialen Wahrnehmung und Darstellung ein öffentliches Bild der Parteien popularisiert, das von wenigen Gruppen populärer Parteiakteure und ihren medial transportierten Entscheidungs- und Kommunikationskünsten geprägt ist. Befeuert von dem medialen Mythos einer weitgehend bindingslosen und sozial seltsam amorphen Wählerschaft nehmen diese Parteiakteure Entscheidungsspielräume für weitreichende Policy-Reformen wahr, die sich dann zuweilen als hochgradig riskant im Sinne des *vote-seeking* erweisen und zu beträchtlichen Entfremdungsprozessen sowohl in Teilen der Parteianhängerschaften als auch unter den Mitgliedern und Funktionsträgern der Parteien führen können.

Als drittes Charakteristikum des Forschungsansatzes von Lipset und Rokkan soll hier, freilich in aller Kürze, die Berücksichtigung des europäischen Kontextes erwähnt werden, auf den sie ihre Überlegungen zur Entstehung und Entwicklung von Parteiensystemen ausgerichtet haben. Schon für Lipset und Rokkan selbst, aber auch für andere Forschungsprojekte, die sich in ihrer Folge auf die Analyse nationaler Parteiensysteme konzentrierten, ergab sich aus dieser europäischen

Perspektive die Notwendigkeit, im Rahmen ihres Ansatzes in der Form der schon erwähnten thresholds theoretische und analytische Instrumente zu schaffen, mit deren Hilfe man auf die Ebene der nationalen Differenzierungen vordringen und eben auch die offensichtlichen Unterschiede je nationaler Parteiensysteme im Rahmen des Erklärungsansatzes herleiten konnte². In den letzten Jahrzehnten, im Zuge einer wachsenden Europäisierung in verschiedenen Politikfeldern und auch einer damit verbundenen Europäisierung in manchen Bereichen der Entwicklung des Parteienwesens hat diese über den nationalen Rahmen hinausweisende analytische Perspektive im Ansatz von Lipset und Rokkan neue Relevanz für Forschungsprojekte der Wahl- und Parteienforschung, aber auch neue und verstärkte Bedeutung auf der (partei-) politischen Ebene erlangt.

Lipset und Rokkan haben – dies kann ein erstes Fazit sein – mit ihrem *Cleavage*-Ansatz und den hier angesprochenen Charakteristika ihrer Betrachtungsweise ein heuristisches Modell entworfen, das in erster Linie für die Wahl- und Parteienforschung als eine Interpretations- und Forschungsfolie bei der Zusammenschau einer fortwährend sich dynamisch differenzierenden und auch von historischen Kontexten sich zunehmend emanzipierenden Forschungsvielfalt genutzt werden kann. Damit bietet die zweiteilige *Cleavage*-Theorie mit ihrer historischen Perspektive einen brauchbaren Rahmen, um sowohl die mittel- und längerfristigen Wandlungsprozesse bereits erwiesener Prägefaktoren des Beziehungsgeflechts von gesellschaftlichem Strukturwandel und dem darauf bezogenen Verhalten der Parteien und ihrer Eliten und Akteure in den Blick zu nehmen. In den folgenden Abschnitten wollen wir diese These von der heuristisch sinnvollen Nutzung der zweiteiligen *Cleavage*-Theorie zunächst durch einige Bemerkungen zur Diskussion um den gesellschaftlichen Strukturwandel erläutern, wie sie sich vor allem im Forschungskontext in der Wahlforschung vollzieht, um danach den in den Arbeiten

-
- 2 Einen Versuch, den Ansatz von Lipset und Rokkan über die von ihnen ursprünglich betrachteten Länder und Regionen hinaus auf zusätzliche Länder und Regionen anzuwenden, haben wir in einer Reihe von Fallstudien unternommen, die sich unter anderem mit gesellschaftlichen Konfliktlinien, Ethnizität und Parteienformation in Afrika, mit verschiedenen Parteiensystemen in Lateinamerika und Asien, sowie mit neuen cleavages, Parteien und politischen Bewegungen in Osteuropa und im nachsowjetischen Russland befassen (Eith, Mielke 2001). Als entscheidend erwies sich, dass in durchaus störanfälligen Demokratisierungsphasen und Demokratisierungsstadien die aus einem pluralistischen Entscheidungsprozess resultierenden politischen Kompromisslösungen nur dann auf Dauer tragfähig erscheinen und hohe Akzeptanz und Legitimität aufweisen, wenn grundlegende gesellschaftliche Interessenkonflikte durch Parteien und in Institutionen vertreten sind. Diese relevanten Konflikte decken sich über nahezu alle hier untersuchten Länder und Regionen hinweg in hohem Maße mit den cleavages bei Lipset und Rokkan.

der Wahlforschung oftmals ausgesparten Teil der akteursorientierten Perspektive anzusprechen. Einige Anmerkungen zu den analytischen und interpretatorischen Vorteilen dieses heuristischen Modells, das sich aus dem Ansatz von Lipset und Rokkan ergibt, schließen den Beitrag ab.

2 Die Perspektive des gesellschaftlichen Wandels und seiner politischen Repräsentanz

Für die Wahlforschung hat die über alle Jahrzehnte hinweg erkennbare Grundstruktur des Parteienwettbewerbs in der Bundesrepublik in den Kategorien des Ansatzes von Lipset und Rokkan ursprünglich Franz Urban Pappi in den siebziger Jahren mit seiner These von der asymmetrischen Konfliktstruktur des westdeutschen Parteiensystems (Pappi 1973 u. 1977) beschrieben³. Danach wird der politische Raum durch zwei politische „Hauptspannungslinien“ definiert: den eher ökonomischen Gegensatz zwischen Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsorientierung und einer mittelständisch-freiberuflichen, bürgerlichen Orientierung einerseits sowie durch den eher kulturellen Gegensatz zwischen katholischer Konfessionszugehörigkeit und entsprechender Kirchenbindung und protestantischer Konfessionszugehörigkeit bzw. allmählich wachsender Säkularisierung andererseits.

Die beiden zentralen Gegenspieler im deutschen Parteienwettbewerb CDU/CSU und SPD sind in diesem Konfliktfeld traditionellerweise nicht an den gegenüber liegenden Polen einer Hauptspannungslinie platziert, sondern sie besetzen jeweils vorrangig einen Pol der beiden Konfliktachsen. Die CDU/CSU ist vor allem auf der konfessionellen und kirchlichen Achse angesiedelt; die SPD repräsentiert in erster Linie die Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsinteressen in der Wählerschaft. Beide großen Parteien können allerdings jeweils beträchtliche Teile der Wählerschaft und deren Interessen vom gegenüberliegenden, gewissermaßen „leeren“ Pol der jeweiligen Konfliktachsen bei sich ansiedeln. So ist die SPD neben ihrer klassischen Rolle als Fürsprecherin der gewerkschaftsorientierten Arbeitnehmerinteressen immer zugleich auch eine stark protestantisch und durch Kirchendistanz geprägte Partei; die Union hingegen ist immer auch ein Sammelbecken für den recht heterogenen

3 Pappi konnte dabei neben dem Beitrag von Juan Linz (Linz 1967) aus dem Sammelband von Lipset und Rokkan auf einige frühe deutsche Studien der Wahl- und Parteienforschung zurückgreifen sowie vor allem auf die Arbeiten von Lepsius zum Zusammenhang von Parteiensystem und Sozialstruktur im Kaiserreich und in der Weimarer Republik (Lepsius 1966).

Sektor ökonomischer Interessen der mittelständisch-freiberuflichen und vor allem gewerkschaftsdistanzierten Gruppen im (west-) deutschen Elektorat. Gerade über diesen asymmetrischen und in gewissem Sinne kompensatorischen Bezug der beiden großen Parteien zu den sozialen und kulturellen Gruppen im Umfeld der nicht besetzten Pole auf den Konfliktachsen wird sich dann im Laufe der sechziger und siebziger Jahre des letzten Jahrhunderts die Öffnung der beiden vormaligen Milieu- und Massenintegrationsparteien zu den je spezifischen christdemokratischen und sozialdemokratischen Ausprägungen des deutschen Volksparteitypus vollziehen können. Die Entwicklung sowohl der Union als auch der SPD zur Volkspartei lässt sich also durchaus in Einklang mit einer Vorstellung der Wählerlandschaft als ein durch *cleavages* und soziale Gruppen mit ihren Interessen gekennzeichnetes System bringen.

In den ersten drei Jahrzehnten der westdeutschen Parteiengeschichte, die noch durch das stabile „Zweieinhalb-Parteiensystem“ geprägt waren, werden die Regierungsmehrheiten ganz wesentlich durch die Positionierung der FDP zwischen den beiden großen Parteien erzeugt. Im Blick auf die asymmetrische *Cleavage*-Struktur der alten Bundesrepublik umschließt die FDP in ihrer Anhängerschaft und Mitgliedschaft soziale Gruppen, mit denen sie die jeweilige Anhänger- und Mitgliederstruktur der beiden großen Parteien kompensatorisch ergänzen kann. Auf der Ebene der konfessionellen Konfliktachse sind die Liberalen als protestantische bzw. als dezidiert nicht-katholische Partei auf der Seite der Sozialdemokraten angesiedelt; beim eher ökonomischen Verteilungskonflikt fungieren sie als Partei des alten und neuen Mittelstands als Bündnispartner der CDU/CSU. Auf diese Weise können die Liberalen in den Koalitionen mit beiden großen Parteien die jeweiligen Schwächen von Union und SPD bei der Repräsentanz der gegenüber liegenden „leeren“ Pole auf der Konfliktachse zumindest teilweise ausgleichen und eine, dann auch womöglich ideologisch zugespitzte Verschärfung der Gegensätze auf der Konfliktachse abmildern. Dabei dürften die Koalitionen der protestantischen FDP mit den noch durch ihre katholischen Zentrumstraditionen geprägten Christdemokraten den innerparteilichen Frieden in der CDU zwischen protestantischen und norddeutschen Landesverbänden in der Union einerseits und den katholischen und süddeutschen Landesverbänden andererseits nicht unwesentlich befördert und abgestützt haben.

Pappis Transfer der *Cleavage*-Theorie in den Bereich der deutschen, in der soziologischen Tradition arbeitenden Wahlforschung hat eine schier unübersehbare Fülle von Forschungsarbeiten zur weiteren Entwicklung der *cleavages* in Deutschland, zur Entwicklung ihrer Rolle als Bestimmungsfaktoren des Wahlverhaltens, aber auch zur Formulierung alternativer theoretischer Konzepte ausgelöst und beeinflusst, aus denen sich längerfristige sozialstrukturelle Verankerungen von Parteien und Parteiensystemen diagnostizieren und erklären lassen. Eine nähere

Diskussion dieser Forschungsdiskurse, die sich seit den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts etabliert haben, würde den hier vorgegebenen Rahmen sprengen. Erwartungsgemäß sind die – durchaus jeweils vorläufigen – Zwischenergebnisse dieser Diskurse keineswegs einheitlich. Sie reichen von der These einer weitgehenden Auflösung bzw. Abschwächung eines auf *cleavages* gestützten, von Traditionen geprägten Wahlverhaltens, wie sie der Kontroverse zum so genannten *dealignment* zugrunde liegt, über die wohl immer noch dominante Sichtweise von tiefgreifenden Veränderungen bzw. Ergänzungen der *Cleavage*-Struktur bis hin zur Identifikation neuer *cleavages* im Zuge der Europäisierung und Globalisierung der letzten Jahrzehnte. Dabei spielen sowohl das Gewicht empirischer Befunde zur Prägekraft von Indikatoren des *Cleavage*-Einflusses auf das Wählerverhalten als auch begrifflich-konzeptuelle Fragen zur Schärfe und Präzision des Konzepts der *cleavages* oder auch zu alternativen Konzepten von Sozialstruktur und Klassen eine Rolle.

Eine Ergänzung und Erweiterung der von Lipsets und Rokkans Ansatz geprägten Ausrichtung ist durch die Milieustudien der stark von Pierre Bourdieus Soziologie und ihren theoretischen Konzepten beeinflussten Forschergruppe um Michael Vester und Heiko Geiling an der Universität Hannover erfolgt⁴. Wie schon bei Lipset und Rokkan bieten vor allem die im Umfeld der Bundestagswahl 2005 erstellten Studien den Befund langfristig stabiler sozialer und kultureller Struk-

4 Unter den zahlreichen Arbeiten dieser Gruppe seien hier die Beiträge erwähnt, die sich mit der Krise der SPD im zeitlichen und thematischen Zusammenhang der Reformpolitik unter Bundeskanzler Gerhard Schröder und den Wahlen in den Jahren nach der Jahrtausendwende, vor allem anlässlich der Bundestagswahl 2005, beschäftigen (Geiling, Vester 2007). Einerseits arbeiten Geiling und Vester auf der Grundlage des Milieukonzepts von Bourdieu ein Bild der deutschen Wählerlandschaft heraus, das bei allen Unterschieden des theoretischen Ansatzes und der zur Anwendung kommenden Begrifflichkeit gleichwohl einige Ähnlichkeiten mit dem Bild des durch die *cleavages* konturierten politischen Raums aufweist, andererseits bietet das eng mit dem Konzept des Milieus verknüpfte Konzept des Habitus die Möglichkeit, eine theoretische und konzeptionelle Brücke zwischen den gesellschaftlichen (Wähler-) Segmenten und den politischen Aktivisten in den Parteien zu schlagen. Wir finden also auch in diesen Arbeiten eine, eben hier von Bourdieu inspirierte zweifache Theorie der Koalitionsbildung zwischen Wählern und Parteien. Die sozialen Milieus in der Bevölkerung werden danach – erfolgreich oder nicht erfolgreich – von den Parteien über die Habitus-Ebene erfasst und gegebenenfalls mobilisiert. Die Ebene der Habitus-Ausprägungen in der politischen Führungsschicht der SPD hat – gewissermaßen als Ergänzung der wahlanalytischen Betrachtungen von Geiling und Vester – dann Reinhardt wenig später in einer Studie zu den Flügeln, Faktionen und Habitus-Mustern führender SPD-Repräsentanten vorgelegt und eine Entfremdung zwischen Führungsschicht und den tragenden Milieus der SPD konstatiert (Reinhardt 2011 und 2014, Vester/ Reinhardt 2014).

turen mit einer prinzipiellen, aber eben nicht naturwüchsigen und automatischen Koalitionsoption zwischen Milieus und Parteirepräsentanten.

Lipset und Rokkan haben in ihren makro-soziologischen, teilweise über mehrere Jahrhunderte zurückgreifenden Erklärungsansatz für die Entstehung der europäischen Parteiensysteme gewissermaßen die sozialwissenschaftliche Versuche eingebaut, die Entwicklung der nationalen Parteiensysteme auf eine Art des sozio-ökonomischen und sozio-kulturellen Automatismus und Determinismus zurückzuführen. Ihre viel zitierte Formel von den „frozen party systems“, mit der sie die Stabilität der Konfliktstrukturen und der darauf aufbauenden Parteiensysteme in Europa von etwa 1920 bis in die sechziger Jahre zum Ausdruck bringen wollten, hat allein schon durch das hier bemühte Sprachbild zudem den Eindruck verstärkt, als sei diese Stabilität aus einer naturwüchsigen Dauerhaftigkeit gesellschaftlicher Konflikte und ihrer politischen Transformation hervorgegangen. Das Bild von den „frozen party systems“ suggeriert gewissermaßen einen langen parteipolitischen Winterschlaf, aus dem dann die europäischen Parteiensysteme in den sechziger Jahren unter dem Ansturm der Modernisierung wieder erwacht sind. Aber wir sollten nicht vorschnell den Verlockungen der Metaphorik erliegen: In Wirklichkeit umfasste die hier umschriebene erste Hälfte des 20. Jahrhunderts bis in die sechziger Jahre hinein – um im Bild zu bleiben – aus der Perspektive der Parteien und Parteiensysteme ausgesprochen heiße Jahrzehnte. Dies gilt für die in jeder Hinsicht turbulenten Jahrzehnte vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, in denen durch die Bank alle europäischen Parteiensysteme großen Umbrüchen ausgesetzt waren. Dies gilt aber auch für die äußerst komplizierte, von großen sozialen Verwerfungen begleitete Errichtung einer europäischen Nachkriegsordnung, in deren Verlauf sich auch die Parteien völlig neu zu orientieren hatten und die Parteiensysteme teilweise auch durch die allmähliche Ausstrahlung des Kalten Kriegs auf die jeweiligen nationalen Parteikonstellationen maßgeblich geprägt wurden.

Die dennoch erstaunliche Stabilität der politischen Strukturen und die fortdauernde politische Bedeutung der beiden Hauptspannungslinien im Sinne Pappis resultieren also nicht aus eingefrorenen, stabilen gesellschaftlichen Strukturen, sondern sie sind in erster Linie das Resultat des Handelns der politischen Akteure, also der Parteien und ihrer Repräsentanten in den politischen Ämtern. Über die Jahrzehnte hinweg haben die jeweiligen Parteien in den europäischen Ländern und ihre Eliten immer wieder gezielt große Themen aufgegriffen und in einen entsprechenden Deutungsrahmen gestellt, der den in der *Cleavage*-Theorie von Lipset und Rokkan großen Themen des Parteienstreits entsprach. Durch diese Themen wurden die *cleavages* aktualisiert, die Interessen der davon betroffenen Bevölkerungs- und Wählergruppen artikuliert und politisch organisiert, und da-

durch wurde die Verbindung zwischen den Wählergruppen und ihren politischen Repräsentanten am Leben gehalten.

Damit verweist gerade die auffällige Stabilität des Parteiensystems in einer Zeit erheblicher gesellschaftlicher und kultureller Umbrüche auf die in Lipsets und Rokkans zweiteiligem Modell implizierte Dimension der Kultivierung der jeweils vorgegebenen *Cleavage*-Strukturen. Mit dem Begriff der Kultivierung kommen wir auf ein Konzept von Karl Rohe (1986, 1990, 1991 und 1992) zurück, der in seinen Studien zur regionalen politischen Kultur verschiedentlich herausgearbeitet hat, dass sich allein aus der räumlich-zeitlichen Verteilung der *cleavages* jeweils sehr unterschiedliche Ausgangssituationen und Anpassungsstrategien für die Parteien im politischen Wettbewerb mit anderen Parteien und innerhalb des Parteiensystems ergeben⁵. Die politische Repräsentanz sozialstruktureller Gegebenheiten ergibt sich also demzufolge aus einer historisch zwar vorgeformten Koalition zwischen gesellschaftlichen Gruppen und ihren Interessen und daraufhin traditionell ausgerichteten Parteien, aber diese Koalition selbst erfolgt im Laufe eines Prozesses, der hier mit dem Roheschen Begriff der Kultivierung bezeichnet werden soll und in dessen Verlauf Bindungen aktualisiert werden oder eben nicht.

3 Parteien und ihre Eliten: Die akteursorientierte Perspektive

Vollziehen wir nun einen Wechsel der Perspektive zum zweiten Teil der zweiteiligen *Cleavage*-Theorie Lipsets und Rokkans, der auf die politischen Parteien und deren Eliten und Repräsentanten ausgerichtet ist. Auch hier gilt der Hinweis, dass die Parteienforschung schon seit langem ein hochgradig differenziertes und spezialisiertes Forschungsfeld bildet. Lipset und Rokkans Beitrag firmiert – wie

5 In der Bundesrepublik ist dieses Kultivierungsproblem vor allem in einer Reihe von Studien zur Parteienentwicklung in verschiedenen Bundesländern thematisiert worden (Oberndörfer, Schmitt 1991; Werz, Koschkar 2016). Das Konzept der Kultivierung nach Rohe umfasst dabei ein breites Spektrum von Maßnahmen und Prozessen, die von den Repräsentanten der Parteien eingeleitet und gesteuert werden, um die in dem *Cleavage*-Konzept unterstellten, traditionellen gewachsenen Bindungen und Koalitionen von gesellschaftlichen Gruppen und ihren Interessen zu aktualisieren und in die jeweils sich verändernden historischen Kontexte hinein zu tragen. Dabei zeichnen sich gerade auf der Länderebene neben erfolgreichen Kultivierungsprozessen, mit denen sich die politische Dominanz einer Partei auch unter stark veränderten sozio-ökonomischen Bedingungen erklären lässt, natürlich auch gescheiterte Kultivierungen im Sinne der Verlusts der vormaligen Hegemonie ab (Mielke 1991 und 2016).

schon gesagt – unter der gängigen Rubrik der soziologischen Parteienforschung, und wie schon bei dem Versuch einer Zuordnung der *Cleavage*-Theorie zur Wahlforschung kann man feststellen, dass mittlerweile schier unzählige Ansätze und theoretische Zugriffe mit der Parteienforschung mit je eigenen Fragestellungen und Forschungslogiken miteinander konkurrieren und damit den spezifischen Blickwinkel des Ansatzes von Lipset und Rokkan relativieren, die Perspektive der politischen Repräsentation der durch *cleavages* manifestierten Interessen. Auch im Blick auf die Parteienforschung ist es im Rahmen eines kleinen Beitrags nicht möglich, die Fülle der Forschungsperspektiven auch nur anzudeuten. wir wollen deshalb in diesem dritten Schritt uns darauf konzentrieren, ob und inwiefern die Diskussionsperspektiven der Parteienforschung die politischen Akteure, also die Parteien, ihre Eliten und Repräsentanten, unter gegebenenfalls anderen Handlungszwängen und Verhaltensmustern betrachten als der *Cleavage*-Ansatz. Dabei manifestiert sich ein dauerhaftes und prinzipielles Spannungsverhältnis zwischen den beiden wesentlichen Funktionen von Parteieliten, zwischen politischer Führung und Repräsentation. Eröffnen sich den Akteuren unter den Prämissen der politischen Führung tendenziell freie Zielwahl und weite Handlungsspielräume, so wirken zugleich die Notwendigkeiten der gruppenbezogenen Repräsentation auf sie ein.

Knüpfen wir zunächst bei den Studien in der Tradition der ökonomischen Theorie der Politik an, die aus theoretischer Sicht in gewisser Weise einen individualistischen Gegenpol zu der makrosoziologisch determinierten Politikvorstellung der *Cleavage*-Theorie bilden. Politik wird hierbei in Anlehnung an die Ökonomie als Marktgeschehen angesehen. Grundlegend hierfür steht Joseph Schumpeter, der die demokratische Methode als „diejenige Ordnung der Institutionen zur Erreichung politischer Entscheidungen (versteht), bei welcher einzelne die Entscheidungsbezugnis vermittels eines Konkurrenzkampfs um die Stimmen des Volkes erwerben“ (Schumpeter 1993, S 428). Diese Sichtweise lenkt den Blick auf das Handeln der politischen Akteure, auf die Motive und Handlungsrationaltäten der Anbieter von politischen Programmen ebenso wie auf die Beweggründe der Wählerinnen und Wähler als entsprechende Käufer bzw. Nachfrager. Der von Anthony Downs hierbei verwendete Rationalitätsbegriff bezieht sich allerdings „niemals auf die Ziele, sondern stets nur auf die Mittel eines Handlungsträgers“ (Downs 1968, S. 5). Als Voraussetzung in diesem sozialwissenschaftlichen Modell rationalen Verhaltens gilt, dass erstens bei gegebenen Restriktionen Handlungsalternativen existieren und diese in eine transitive Ordnung überführt werden können, dass zweitens stets die an erster Stelle stehende Alternative ausgewählt wird und dass drittens das Verfahren bei unveränderten Bedingungen zum selben Ergebnis führt. Diese Mittelrationalität stellt also die Beurteilung und Auswahl politischer Ziele dem individuellen, eigenen Werturteil anheim.

Eine zentrale Grundannahme jeder Rational Choice-Analyse ist das Eigennutz-Axiom. Politische Parteien werden demnach als Gruppen von Personen definiert, „die die Kontrolle über den Regierungsapparat dadurch in die Hand zu bekommen suchen, dass sie in einer ordnungsgemäß abgehaltenen Wahl ein Amt erhalten.“ (Downs 1968, S. 25). Das Hauptziel einer jeden Partei besteht in der Maximierung der für sie abgegebenen Stimmen, letztlich im Wahlsieg. Hierzu bedienen sie sich in einer Welt von Ungewissheit und unvollständiger Information Ideologien und Parteiprogramme. Diese dienen der Partei nach innen als Selbstvergewisserung und senken zudem für potentielle Wähler die Informationskosten im Vorfeld ihrer Wahlentscheidung. Allerdings unterliegen diese ideologisch-programmatischen Positionierungen einem gewissen Spannungsverhältnis (Downs 1968, S. 111ff.). Zum einen ermöglichen sie den Wählern eine rationale, an den eigenen Interessen orientierte Wahl, wenn die Partei- und Wahlprogramme einen nachvollziehbaren, längerfristig konsistenten und verlässlichen Bezug zum politischen Grundanliegen der jeweiligen Partei – sei es soziale Gerechtigkeit, Sicherung der individuellen Freiheit, ökologische Nachhaltigkeit oder auch Bewahrung eines christlich-humanistischen Wertekanons – aufweisen. Es ist aus dieser Perspektive also gerade die Orientierung auf den Wahlsieg, die die Parteien längerfristig zu einem gehörigen Maß an programmatischer Integrität und Verlässlichkeit zwingt. Zum anderen verhindert das Prinzip der Stimmenmaximierung und die Ausrichtung auf den Wahlsieg zugleich aber auch eine allzu ausgeprägte Ideologisierung. Insbesondere in Zweiparteiensystemen oder in politisch wenig polarisierten Gesellschaften mit einer unimodalen Verteilung der politischen Interessen besteht die starke Tendenz einer ideologischen Annäherung insbesondere der größeren Parteien. In diesem Fall erweist es sich für Parteien als rationale Strategie, durch eine gewisse Vieldeutigkeit bzw. Vagheit in der politischen Positionierung die Anzahl potentieller Wähler zu vergrößern.

An diesem Punkt liegen sozialwissenschaftliches Modelldenken und alltagsweltliche Erfahrungen nicht allzu weit auseinander. Parteiführungen bzw. politische Eliten haben durchaus beachtliche Freiräume bei der konkreten Ausgestaltung des politischen Wettbewerbs samt seiner inhaltlichen Frontstellungen und durch diese Formulierungshoheit auch einen, wenngleich vollumfänglich nur schwer zu quantifizierenden Einfluss auf die politische Meinungsbildung ihrer potentiellen Wählerinnen und Wähler. Die unrealistischen Annahmen weitgehend autonomer Wählerpräferenzen werden selbst im Basismodell rationalen Verhaltens nach Downs angesichts unvermeidbarer Unsicherheit und unabwendbarer Informationskosten stark relativiert. Orientierung bieten demnach die von Parteien formulierten und angebotenen Ideologien und Parteiprogramme. Varianten der Rational Choice-Theorie ziehen zudem noch effektivere und nochmals realitätsgerechtere Strategien der

Wähler zur Senkung ihrer Informationskosten in Betracht, etwa die Ausprägung einer längerfristigen Bindung an eine Partei, die lediglich bei gravierenden Positionsverschiebungen neu überdacht werden muss.

Die Herausbildung einer stabilen Parteibindung, der im traditionellen sozialpsychologischen Ann Arbor-Modell des Wählerverhaltens eine starke emotionale Komponente zugerechnet wird, lässt sich im Kontext der Analyse rationalen Verhaltens durchaus auch als retrospektive, generalisierte Bewertung der Parteien interpretieren (Fiorina 1981, S. 89ff. Fuchs/Kühnel 1994; Eith 1997, S. 40ff). Im Rahmen der hier zu diskutierenden akteursorientierten Perspektive ist es jedoch zweitrangig, auf welche Weise letztlich Parteiloyalitäten zustande kommen. Entscheidender ist die Tatsache, dass diese empirisch nachweisbaren Bindungen den Parteiführungen einerseits eine gewisse Verlässlichkeit in der programmatischen Grundausrichtung abverlangen, andererseits ihnen aber auch Freiräume zur Veränderung und Anpassung ihrer programmatischen Positionen im Zeitverlauf eröffnen, ohne dass damit ein substantieller Wähleraustausch verbunden sein muss. Downs' Ansatz lässt also durchaus Raum für die Auswirkungen des Handelns politischer Führungen und unterscheidet sich in diesem Punkt nur unwesentlich von Schumpeters Demokratietheorie (Schumpeter 1993: 427ff.).

Eine allzu rationale Strategie der Stimmenmaximierung politischer Eliten als ausschließliche Handlungsmaxime stößt in der Realität allerdings an Grenzen. Betrachtet man etwa Parteien nicht als monolithische Blöcke, sondern richtet die Aufmerksamkeit auf ihr vielschichtiges, mithin durch Macht und Konkurrenz geprägtes Binnenleben, so geraten die teilweise spezifischen Interessen und Einflussmöglichkeiten innerparteilicher Gruppierungen und Aktivisten ins Blickfeld. Dieser innerparteiliche Strategie- und Programmpluralismus mündet immer auch, um hier an den letzten Abschnitt anzuknüpfen, in unterschiedlichen Kultivierungsstrategien im Roheschen Sinne. Meinungsbildungsprozesse und Mehrheiten innerhalb einer Partei müssen keineswegs mit denjenigen in der Wählerschaft übereinstimmen, gleichwohl bestimmen und begrenzen sie nicht unwesentlich die Handlungsspielräume politischer Eliten⁶.

Hier kann nun Lipsets und Rokkans makrosoziologische und vor allem historische Sichtweise als Bremse für die im Marktmodell der Politik unterstellten Manövrierspielräume der Eliten ins Spiel kommen. Denn die Eliten, Aktivisten

6 Hinzu kommt noch, dass sich nicht nur der Wettbewerb zwischen verschiedenen Parteien, sondern auch die innerparteilichen Konflikte zwischen verschiedenen Flügeln und Faktionen einer Partei hinter einer potentiell irreführenden medialen Verschleierung vollzieht. Siehe zu dieser Problematik bei der SPD: Reinhardt 2011 und 2014, Vester/Reinhardt 2014, und allgemein die Beiträge in: Jun, Höhne 2010.

und Gruppierungen sind nicht zufällig über die Parteien verteilt; sie repräsentieren immer auch – mal stärker, mal schwächer – die historischen Wurzeln der jeweiligen Parteien. Hinzu kommt, dass auch zivilgesellschaftliche Gruppen zunehmend Parteifunktionen wahrnehmen und so ebenfalls einen nicht unbeträchtlichen Einfluss gewissermaßen „von außen“ auf den politischen Wettbewerb in und zwischen den Parteien ausüben.

Die Situation in den europäischen Nachkriegsgesellschaften ähnelte einerseits in gewisser Weise den Modellannahmen von Downs. Die durch den zunehmenden Wohlstand begünstigte Etablierung eines weitreichenden Sozial- und Wohlfahrtsstaates hatte gruppen- und klassenspezifische Schutzbedürfnisse deutlich relativiert. Die sich herausbildenden Mittelstandsgesellschaften mit ihren abgemilderten sozialen Konflikten förderten eine politische Wettbewerbssituation, in der sich die alten Integrationsparteien mit ihrer starren Orientierung auf ein sozial-moralisches Milieu weitgehend überlebt hatten. Die politische Mehrheitsfähigkeit hing zunehmend von einer gewissen Annäherung an die neuen Mittelschichten ab. Andererseits blieben auch weiterhin beträchtliche, wenn auch in der Öffentlichkeit und in der Selbstdarstellung der Parteien oft nicht oder nur unvollkommen wahrgenommene Traditionsegmente und Gegeneliten bestehen, die den breiten Öffnungen der Parteien mit Skepsis begegneten.

In den meisten europäischen Parteiensystemen vollzogen die größeren Parteien gleichwohl eine entsprechende strategische Neuausrichtung und wandelten sich in Richtung Volks- oder catch-all party, als deren charakteristisches Merkmal Otto Kirchheimer die strikte Orientierung am Prinzip der Stimmenmaximierung statt an den Interessen einzelner Klassen oder Konfessionen ansieht (Kirchheimer 1968, S. 360f.). In Deutschland wurde die christdemokratische Union (CDU/CSU) nach dem Zweiten Weltkrieg bereits als überkonfessionelle (Volks-) Partei gegründet, die Neuausrichtung der Sozialdemokraten (SPD) erfolgte nach dem Godesberger Parteitag 1959. Die französischen Gaullisten wandelten sich Ende der 1960er Jahre, die Sozialistische Partei Mitterrands (PS) zielt seit ihrer Gründung 1971 auch auf die Mittelschichten, insbesondere auf Angestellte im öffentlichen Dienst. In Großbritannien orientierten sich Conservative Party und Labour Party trotz des ausgeprägten Klassenkonflikts in der Nachkriegsära schon aufgrund des Mehrheitswahlrechts am Prinzip der Stimmenmaximierung, in Südeuropa sind als catch-all parties insbesondere die italienische Democrazia Cristiana (DC, bis Anfang der 1990er Jahre) sowie nach kurzzeitigen innerparteilichen Machtkämpfen die 1977 neugegründete Partido Socialista Obrero Espanol (PSOE) anzusehen. In allen Fällen erfuhren die Parteispitzen eine deutliche Stärkung ihrer innerparteilichen Position und erhielten durch eine Entideologisierung der bisherigen Parteiprogramme den nötigen Freiraum für kurzfristiges taktisches Vorgehen. Die schrittweise Abkehr

von den Interessen der Mitglieder und bisherigen Traditionswähler als zentrale Bezugspunkte der politischen Arbeit ermöglichte zudem die Ausrichtung der Wahlwerbung auf die gesamte Bevölkerung. Schließlich kamen noch neue Verbindungen zu den verschiedensten Interessengruppen auch jenseits der bisherigen Milieugrenzen hinzu.

Insbesondere bei sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien wurde der Wandel zur Volkspartei von größeren ideologischen Auseinandersetzungen begleitet. Anders als bei den Konfessionsparteien, die schon bisher Wähler mit unterschiedlichem sozialen Status angesprochen hatten, stellte bei den Arbeiterparteien traditionell die Klassenlage den Ankerpunkt der ideologischen Ausrichtung und das zentrale Kriterium der Wählerrekrutierung dar. Typischerweise wurden aus dezidiert linker Perspektive die Transformationen gerade der sozialdemokratischen Parteien zu Volksparteien als ein prinzipieller Wandel und zudem als Anpassung an die bürgerliche Gesellschaft eingestuft (Kaste/Raschke 1977, S. 29).

Mit dem Aufkommen der Volksparteien ist für politische Eliten die Notwendigkeit, aber auch die Chance gewachsen, durch ein entsprechendes politisches Angebot neue Wählerkoalitionen zu schmieden. Mehrheitsfähige politische Situationsdeutungen und Zukunftsperspektiven müssen hierzu entwickelt und auf den Begriff gebracht werden. Bereits die amerikanische New Deal-Koalition der 1930er Jahre veranschaulicht in besonderer Weise, wie es dem demokratischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt nach der Weltwirtschaftskrise gelang, ganz unterschiedliche Bevölkerungsgruppen zu einer längerfristig stabilen politischen Allianz zusammenzuführen. Einen geringen Anteil hatten hieran ehemalige Wähler der Republikaner. Die Sozialprogramme des New Deal politisierten in erster Linie bislang politisch inaktive Bevölkerungsgruppen und Erstwähler, darunter städtische Industriearbeiter, europäische Einwanderer sowie Katholiken und Juden (Mielke, Sterr 2001; Nie et al. 1979, S. 74ff.).

Auch in der europäischen Nachkriegsgeschichte finden sich etliche Beispiele dafür, dass strategische Entscheidungen politischer Eliten die Tektonik etablierter Parteiensysteme entscheidend verändert haben. Neben der Ausbreitung der Volksparteien wäre aus deutscher Sicht etwa die erfolgreiche, den Wählern eine weitere Option eröffnende Gründung und parlamentarische Etablierung der Grünen oder auch der Kurs- und Koalitionswechsel der FDP Anfang der 1980er Jahre zu nennen. Der mit einem enormen Wähleraustausch verbundene Wandel von einer sozialliberalen zu einer wirtschaftsliberalen Partei zog eine die deutsche Parteienlandschaft für zwei Jahrzehnte prägende Polarisierung in zwei Lager nach sich. Nach dem Jahrtausendwechsel waren es dann die Sozialdemokraten unter ihrem Bundeskanzler Gerhard Schröder, die im Zuge der programmatischen Neuorientierung der europäischen Sozialdemokratie eine stärker angebotsorientierte

Alternative zur traditionellen sozialdemokratischen Wirtschafts- und Sozialpolitik entwickelten und in der Folge eine Parteispaltung, angeführt bezeichnenderweise vom vormaligen Parteivorsitzenden Lafontaine, nicht verhindern konnten. Aktuell stehen die Unionsparteien in der durchaus realistischen Gefahr, relevante konservative Wählergruppen durch den gesellschaftspolitischen Modernisierungskurs der Bundeskanzlerin Angela Merkel zu verlieren. Die derzeitigen Auseinandersetzungen um ihre Flüchtlingspolitik tangieren nicht nur einen der zentralen, jahrzehntelang beschworenen Identifikationskerne konservativer Christdemokraten – „Deutschland ist kein Einwanderungsland“. In den massiven innerparteilichen Anfeindungen brechen sich auch die tiefsitzenden Frustrationen konservativer Parteikreise über die unter Merkel forcierten gesellschaftspolitischen Positionsverschiebungen Bann, vom Ausbau der Kleinkinderbetreuung über die Abschaffung der Wehrpflicht bis hin zum deutschen Atomausstieg. Dieser kurze Überblick zeigt vor allem Eines: In fast allen Fällen gehen die von der Parteispitze initiierten Positionsveränderungen – häufig als notwendige Modernisierungsprozesse dargestellt – zu Lasten der bisherigen Stärke der Partei im Wählermarkt. Statt erhoffter Zugewinne in der (vermeintlich) reformfreudigen gesellschaftlichen Mitte dominieren die Enttäuschungen in den Traditionskompanien. Diese aus dem Spannungsverhältnis zwischen politischer Führung und Repräsentation der Traditionen erwachsenden Unsicherheiten werfen eine Reihe weiterführender Fragen auf, wie etwa die nach den Modernisierungs- und Reformspielräumen, die Parteien zur Verfügung stehen. Je nach Bezug auf ein Marktmodell der Politik oder auf ein wie auch immer modifiziertes Strukturmodell fallen die Antworten unter Umständen sehr unterschiedlich aus.

4 Sozioökonomischer Wandel und Handlungsspielräume politischer Eliten

Die hier aus analytischen Gründen getroffene Unterscheidung zwischen struktureller und akteursorientierter Perspektive beleuchtet letztlich zwei Seiten derselben Medaille. Der sozioökonomische Wandel, wie er sich in den Diskussionen um das *Cleavage*-Modell von Lipset und Rokkan darbietet, setzt dem politischen Handeln in gewisser Weise Rahmenbedingungen, die den Parteien aber dennoch große Freiheitsgrade belassen. Hinzu kommen als weitere Einflussfaktoren des politischen Wettbewerbs die Institutionenordnung des politischen Systems, insbesondere die Ausgestaltung des Wahlrechts, und nicht zuletzt die Ausprägung der politischen Kultur. All dies thematisieren die klassischen Studien der soziologischen Wahl- und Parteienforschung, gleichwohl sie häufig verkürzt als makrosoziologischer Ansatz

etikettiert werden. Die Krisentheorie von LaPalombara und Weiner (1966) untersucht letztlich das Verhalten politischer Akteure angesichts der Herausforderungen im europäischen Demokratisierungsprozess, und auch die *Cleavage*-Theorie von Lipset und Rokkan thematisiert in Wirklichkeit primär die Wechselwirkungen zwischen Sozialstruktur, Verhalten der politischen Eliten und Parteiensystem. Beide Studien verdeutlichen, dass gesellschaftliche Konflikte nur dann eine Institutionalisierung im politischen Wettbewerb erfahren, wenn politische Akteure sie aufgreifen, in die öffentliche Diskussion tragen und entsprechende Unterstützung mobilisieren. Richtig ist, dass diese klassischen Untersuchungen kaum explizit die Handlungslogiken von Parteien oder politischen Eliten näher beleuchten. Sie analysieren in erster Linie die Strukturen des politischen Handlungsraums, also etwa die Entwicklungslinien der durch das Parteiensystem institutionalisierten Konflikte, die entsprechenden Loyalitäten in der Wählerschaft oder auch neue gesellschaftliche Frontstellungen. Soziologisch-strukturelle Studien konzentrieren sich vor allem auf die Bedingungen und Herausforderungen politischen Verhaltens und Handelns, ohne hierbei jedoch einer entsprechenden Determinierung durch Sozialstruktur oder sozialen Wandel das Wort zu reden (Eith 1997, S. 31ff).

Mit der zweiteiligen *Cleavage*-Theorie stellen Lipset und Rokkan einen Analyse-rahmen bereit, in dem sich strukturelle mit akteursorientierten Gesichtspunkten verbinden lassen. Die Untersuchung polarisierender gesellschaftlicher Konfliktlinien im ersten Teil ihrer Studie wird im zweiten, weniger intensiv rezipierten Teil mit der Frage verknüpft, ob und wie diese Konflikte unter den jeweiligen institutionellen Besonderheiten eine parteipolitische Umsetzung erfahren haben. Hierbei stellt gerade das Handeln von Eliten in Krisensituationen ein dynamisierendes Element für die Entwicklung der Parteiensysteme dar. „Lipset and Rokkan definitely surpass the old-style sociology of politics and unquestionably inaugurate the new political sociology. Politics is no longer a mere projection, and the problem becomes ‚translation‘.“ (Sartori 1968, S. 20) Indem der *Cleavage*-Ansatz von Lipset und Rokkan nun weniger als Modernisierungsmodell sondern eher als heuristisches Instrument zur Analyse von Interaktionen zwischen Akteuren und strukturellen Restriktionen verstanden wird, kann er sich bereits ab den 1980er Jahren als Neoinstitutionalismus, akteurszentrierter oder auch aufgeklärter Institutionalismus etablieren. Allerdings kann man in diesem konzeptionellen Überschneidungsraum zwischen der von *cleavages* ausgehenden sozialstrukturellen Dimension mit ihren nach wie vor doch recht stabilen Grundstrukturen einerseits und dem Bereich der Kultivierungsversuche der Akteure andererseits auf dem Feld der wirklichen politischen Entwicklungen eine Reihe von Problemen und Risiken der Fehl-Kultivierung ausmachen, die zu beträchtlichen Krisen in einzelnen Parteien und Parteiensystemen führen können. Hinzu kommt: Mit seinem ursprünglichen Rekurs auf die großen

Zäsuren der europäischen Geschichte, die nationale und industrielle Revolution, liefert der *Cleavage*-Ansatz überdies durchaus überraschende aktuelle Hinweise auf Entwicklungsperspektiven und Problemzonen der zukünftigen europäischen Parteienlandschaft.

Literatur

- Almond, Gabriel und Sidney Verba. 1963. *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Princeton (N.J.): Princeton University Press.
- Bytzek, Evelyn und Sigrid Roßteutscher. 2011. Moderne Mythen und Fakten über das Wahlverhalten in Deutschland. In: *Der unbekannte Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen*, hrsg. Bytzek, Evelyn und Sigrid Roßteutscher, 7 – 19. Frankfurt: Campus.
- Dahl, Robert A.. 1965. *Who Governs?* New Haven (Conn.): Yale University Press.
- Downs, Anthony. 1968: *Ökonomische Theorie der Demokratie*. Tübingen: Mohr.
- Eith, Ulrich. 1997: *Wählerverhalten in Sachsen-Anhalt. Zur Bedeutung sozialstruktureller Einflußfaktoren auf die Wahlentscheidungen 1990 und 1994*. Berlin: Duncker und Humblot.
- Eith, Ulrich/Mielke, Gerd (Hrsg.) (2001): *Gesellschaftliche Konfliktlinien und Parteiensysteme. Länder- und Regionalstudien*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Falter, Jürgen W. und Harald Schoen (Hrsg.). 2005. *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden: VS.
- Fiorina, Morris P. (1981): *Retrospective Voting in American National Elections*. New Haven: Yale University Press.
- Fuchs, Dieter und Steffen Kühnel. 1994. Wählen als rationales Handeln: Anmerkungen zum Nutzen des Rational-Choice-Ansatzes in der empirischen Wahlforschung. In: Klingemann/Kaase (1994): 305-364.
- Geiling, Heiko und Michael Vester. 2007. Das soziale Kapital der politischen Parteien. Die Akzeptanzkrise der Volksparteien als Frage der Individualisierung oder der sozialen Gerechtigkeit. In: *Die Bundestagswahl 2005. Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse*, hrsg. Frank Brettschneider, Oskar Niedermayer und Bernhard Weißels. Wiesbaden: VS. 457 – 490.
- Hofmann, Bernd. 2004. *Annäherung an die Volkspartei. Eine typologische und parteiensoziologische Studie*. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Jun, Uwe. 2013. Typen und Funktionen von Parteien. In: *Handbuch der Parteienforschung*, hrsg Niedermayer, Oskar, 119 – 144, Wiesbaden: Springer VS.
- Jun, Uwe und Benjamin Höhne (Hrsg.). 2010. *Parteien als fragmentierte Organisationen. Erfolgsbedingungen und Veränderungsprozesse*. Opladen & Farmington Hills (Mi.): Verlag Barbara Budrich.
- Kaste, Hermann und Joachim Raschke. 1977: Zur Politik der Volkspartei. In: Narr (1977): 26-74.
- Kirchheimer, Otto. 1969. Der Wandel des westdeutschen Parteiensystems. In: Zieburga (1969): 341-374.
- Klingemann, Hans-Dieter/Kaase, Max (Hrsg.) (1994): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

- LaPalombara, Joseph und Myron Weiner (Hrsg.). 1966: *Political Parties and Political Development*, Princeton: Princeton University Press.
- Lepsius, Rainer M. .1966. Parteiensystem und Sozialstruktur: Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft. In: *Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte. Festschrift zum Geburtstag von Friedrich Lütge*, hrsg. Wilhelm Abel, Knut Borchardt, Hermann Kellenbenz und Wolfgang Zorn. Stuttgart: Gustav Fischer, 371 – 393.
- Linz, Juan (1967). Cleavage and Consensus in West German Politics: The Early Fifties. In: Seymour M. Lipset und Stein Rokkan (Hrsg.) (1967a), 283 – 321.
- Lipset, Seymour M. und Stein Rokkan. 1967. Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. An Introduction. In: Dies. (1967a): 1-64.
- Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein (1967a) (Hrsg.): *Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives*, New York: Free Press.
- Mielke, Gerd. 1991. Alter und neuer Regionalismus: Sozialstruktur, politische Traditionen und Parteiensystem in Baden-Württemberg. In: Oberndörfer, Schmitt (1991), 299 – 313.
- Mielke, Gerd. 2001. Gesellschaftliche Konflikte und ihre Repräsentation im deutschen Parteiensystem. Anmerkungen zum Cleavage-Modell von Lipset und Rokkan. In: Eith/Mielke (2001): 77 – 95.
- Mielke, Gerd. 2013. Parteiensysteme, gesellschaftliche Konflikte und komplexe Wählermärkte: Zur Repräsentations- und Integrationsfähigkeit politischer Parteien. In: *Handbuch Regierungsforschung*, hrsg. Karl-Rudolf Korte, Timo Grunden, 175 – 186. Wiesbaden: Springer VS.
- Mielke, Gerd . 2016. Cleavage-Strukturen und ihre Kultivierung: Regionale politische Kultur in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. In: Werz, Koschkar (Hrsg.). Wiesbaden: Springer VS. 165 – 188.
- Mielke, Gerd und Martin Sterr. 2001. Campaigning and Cleavages, Die amerikanischen Parteien zwischen Wahlkampf und Klassenkampf, in: Eith/Mielke (2001): 185-202.
- Narr, Wolf-Dieter (Hrsg.). 1977: *Auf dem Weg zum Einparteiensstaat*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Nie, Norman H./Verba, Sidney/Petrocik, John R.. 1979. *The Changing American Voter*. Enlarged edition. Cambridge: Harvard University Press.
- Oberndörfer, Dieter und Karl Schmitt (Hrsg.). 1991. *Parteien und regionale politische Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Pappi, Franz Urban. 1973. Parteiensystem und Sozialstruktur in der Bundesrepublik. In: *Politische Vierteljahresschrift* 14, 191 – 213.
- Pappi, Franz Urban. 1977. Sozialstruktur, gesellschaftliche Wertorientierungen und Wahlabsicht. In: *Politische Vierteljahresschrift* 18, 195 – 229.
- Pappi, Franz Urban und Jens Brandenburg. 2010. Sozialstrukturelle Interessenlagen und Parteipräferenz in Deutschland. Stabilität und Wandel seit 1980. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 62, 459 – 483.
- Pierson, Paul. 2004. *Politics in Time. History, Institutions, and Social Analysis*. Princeton, N. J.: Princeton University Press.
- Reinhardt, Max. 2011. *Aufstieg und Krise der SPD. Flügel und Repräsentanten einer pluralistischen Volkspartei*. Baden-Baden: Nomos.
- Reinhardt, Max. 2014. Gesellschaftspolitische Ordnungsvorstellungen der SPD-Flügel seit 1945. Zwischen sozialistischer Transformation, linkem Reformismus und Marktliberalismus. Dortmund: spw Verlag.
- Rohe, Karl. 1986. *Vom Revier zum Ruhrgebiet. Wahlen, Parteien, Politische Kultur*. Essen.

- Rohe, Karl. 1990. Politische Kultur und ihre Analyse. Probleme und Perspektiven der politischen Kulturforschung. In: *Historische Zeitschrift*, Jg. 132, H. 250, 321 – 346.
- Rohe, Karl. 1991. Regionale (politische) Kultur: Ein sinnvolles Konzept für die Wahl- und Parteienforschung. In: *Parteien und regionale politische Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland*, hrsg. Dieter Oberndörfer und Karl Schmitt. Berlin: Duncker & Humblot, 17 – 37.
- Rohe, Karl. 1992. *Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme in der Bundesrepublik Deutschland*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Schmidt, Carmen. 2015. Die Transformation der Moderne: Konfliktstruktur und politisches System im Umbruch. In: *Wirtschaft, Krise und Wahlverhalten*, hrsg. Giebler, Heiko und Aiko Wagner, 361 – 395. Baden-Baden: Nomos.
- Schoen, Harald. 2005. Soziologische Ansätze in der empirischen Wahlforschung. In: Falter, Schoen (Hrsg.) 2005, 135 – 185.
- Schumpeter, Joseph A. 1993: *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*. 7., erw. Aufl., Tübingen: Francke.
- Vester, Michael und Max Reinhardt. 2014. Mit welchem politischen Projekt kann die SPD breite Schichten mobilisieren? – Ein Blick zurück und ein Blick nach vorn. In: *Progressive Mehrheiten mit der SPD? Für eine linke Politik jenseits der Neuen Mitte*, hrsg. Max Reinhardt, Stefan Stache und Stephan Meise. Berlin: LIT Verlag, 25 – 44.
- Werz, Nikolaus und Martin Koschkar (Hrsg.). 2016. *Regionale politische Kultur in Deutschland. Fallbeispiele und vergleichende Aspekte*. Wiesbaden: Springer VS.
- Wiesendahl, Elmar. 2011. *Volksparteien. Aufstieg, Krise, Zukunft*. Opladen, Berlin, Farmington Hills: Barbara Budrich.
- Wiesendahl, Elmar. 2013. Parteienforschung im Rahmen der Sozialwissenschaften. In: *Handbuch der Parteienforschung*, hrsg. Niedermayer, Oskar, 13 – 60, Wiesbaden: Springer VS.
- Ziebur, Gilbert (Hrsg.) 1969: *Beiträge zur allgemeinen Parteienlehre. Zur Theorie, Typologie und Vergleichung politischer Parteien*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Parteien und soziale Ungleichheit

Wiesendahl, E. (Hrsg.)

2017, VI, 442 S. 30 Abb., 9 Abb. in Farbe., Softcover

ISBN: 978-3-658-10389-7